



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

ANALYSE DER EIDGENÖSSISCHEN ABSTIMMUNGEN VOM 29. NOVEMBER 2009

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

SPEZIALFINANZIERUNG LUFTVERKEHR

65.0% JA

«FÜR EIN VERBOT VON KRIEGSMATERIAL-EXPORTEN»

68.2% NEIN

«GEGEN DEN BAU VON MINARETTEN»

57.5% JA

STIMMBETEILIGUNG

53.4%



HANS HIRTER, ADRIAN VATTER

fehlend

Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das Forschungsinstitut gfs.bern verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich.

Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich

Gesamtverantwortung: PD Dr. Thomas Widmer
Analyse/Auswertung: Stephan Kuster, Dr. Thomas Milic, PD Dr. Thomas Widmer

gfs.bern, Forschung für Politik, Kommunikation und Gesellschaft

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp
Projektleitung: Laura Kopp, Stefan Agosti
Sekretariat: Silvia Ratelband-Pally
Telefonbefragung, Feldchef: Georges Ulrich
CATI-Support: Julia Kolb
EDV-Auswertung: Stephan Tschöpe

Übersetzung

Dr. Emilio Violi, Sonja Gurtner

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 78.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 30.– (Ausland: Fr. 35.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2009) können für Fr. 700.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: gfs.bern, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

Zitierweise

Vorliegende Nummer: Thomas Milic, Stephan Kuster und Thomas Widmer (2009): Analyse der eidg. Abstimmung vom 27. September 2009, gfs.bern und Institut für Politikwissenschaft, Universität Zürich. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom Forschungsinstitut gfs.bern in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

INHALTSVERZEICHNIS

HAUPTRESULTATE DER ANALYSE DER ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2009	4
ZUR METHODE	6
DIE BEDEUTUNG DER VORLAGEN, DIE BETEILIGUNG UND DIE MEINUNGSBILDUNG	8
Die Bedeutung der Vorlagen	8
Die Beteiligung	9
Die Meinungsbildung – Entscheidungsschwierigkeit, Zeitpunkt des Stimmentscheids und Mediennutzung	12
SPEZIALFINANZIERUNG VON AUFGABEN IM LUFTVERKEHR	14
Die Ausgangslage	14
Das Abstimmungsprofil	14
Die Wahrnehmung	16
Die Entscheidungsmotive	17
Die Pro- und Kontra-Argumente	18
Volksinitiative für ein Verbot von Kriegsmaterial-Export	19
Die Ausgangslage	19
Das Abstimmungsprofil	19
Die Wahrnehmung	22
Die Entscheidungsmotive	22
Die Pro- und Kontra-Argumente	23
VOLKSINITIATIVE GEGEN DEN BAU VON MINARETTEN	25
Die Ausgangslage	25
Das Abstimmungsprofil	26
Die Wahrnehmung	29
Die Entscheidungsmotive	30
Die Pro- und Kontra-Argumente	31
Exkurs zur Perzeption des Islams in der Schweiz	32
METHODISCHER STECKBRIEF	34

HAUPTRESULTATE DER ANALYSE DER ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 2009

Am 29. November 2009 hatten die Stimmberechtigten über drei Vorlagen abzustimmen. Zum Entscheid standen erstens eine Verfassungsänderung für eine Neuregelung der Verwendung der Steuern und Zuschläge auf Treibstoffen für den inländischen Flugverkehr, zweitens eine Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee für ein Exportverbot für Kriegsmaterial und drittens eine Volksinitiative aus SVP- und EDU-Kreisen für ein Bauverbot für Minarette. Das Volk stimmte der Minarettinitiative mit 57.5% zu. Es hiess auch die Neuordnung der Verwendung der Treibstoffabgaben im Flugverkehr gut und verwarf das Waffenausfuhrverbot deutlich. Die relativ hohe Beteiligung von 53.4% kam nicht wegen der überdurchschnittlichen Mobilisierung einzelner Gruppen zustande. So beteiligten sich z.B. die Ausländern gegenüber kritisch eingestellten Personen oder die Verteidiger einer starken Armee nicht häufiger als andere. Die einzige Ausnahme bildeten konservative junge Frauen, die eine für ihre Altersklasse ungewohnt hohe Partizipationsrate aufwiesen.

Die Abstimmung über das Minarettverbot

Das Stimmverhalten zur Minarettinitiative war sehr stark vom Links-Rechts-Gegensatz geprägt. Die Linke lehnte sie mit über 80% Nein-Stimmen deutlich ab. Die Rechte stimmte ihr fast ebenso klar zu. Die Extremwerte ergaben sich bei der äusseren Linken mit 11% Ja und der äusseren Rechten mit 85% Ja. Entscheidend für den Ausgang der Volksabstimmung war deshalb das Verhalten der politischen Mitte. Diese nahm das Minarettverbot im Verhältnis zwei zu eins an und verhielt sich damit grundsätzlich anders als bei früheren ausländerpolitischen Abstimmungen. Die Sympathisanten der SVP standen nahezu geschlossen hinter der Initiative, die Anhänger der Grünen und der SP lehnten sie massiv ab. Die Lager der FDP und der CVP waren gespalten. Beide entschieden sich knapp gegen die Parteiparole (54% Ja bei der CVP, 60% bei der FDP).

Das Verdikt der Volksabstimmung lässt sich nicht allein mit Fremdenfeindlichkeit und dem Widerstand gegen die Globalisierung und einen daraus resultierenden Identitätsverlust der Schweiz erklären. Personen, welche die Einwanderung von Ausländern negativ beurteilen, und solche, die sich eine traditionelle und auf sich selbst bezogene Schweiz wünschen, haben das Minarettverbot erwartungsgemäss fast einhellig unterstützt. Bemerkenswerter ist jedoch, dass auch von denjenigen, die sich für die Chancengleichheit zwischen Schweizern und Ausländern aussprechen resp. sich für eine weltoffene und moderne Schweiz einsetzen, rund 40% für das Minarettverbot stimmten.

Von den gesellschaftlichen Merkmalen wirkte sich die formale Bildung am stärksten auf den Abstimmungsentscheid aus. Wer als Bildungsabschluss eine Berufslehre vorweisen kann, stimmte zu 76% mit Ja. Wer eine höhere Berufsschule oder eine Hochschule besuchte, war nur zu 48% resp. 34% für das Minarettverbot. Sowohl reformierte als auch katho-

liche Christen stimmten zu rund 60% für die Initiative, wobei die Intensität der Glaubensausübung keine Rolle spielte; religionslose Personen lehnten sie ab.

Insgesamt gab es keine signifikanten Unterschiede im Abstimmungsverhalten nach Geschlecht und Alter. Im Gegensatz zu den nach der Abstimmung geäusserten Vermutungen ist das Minarettverbot aber bei den linken Frauen sehr schlecht angekommen: Nur 16 Prozent stimmten dafür, bei den linken Männern waren es mit 21 Prozent etwas mehr. Eine stärkere Sympathie der Frauen gegenüber den Männern für das Minarettverbot bestand nur im Lager der Rechten: Hier legten 87 Prozent der Frauen und bloss 71 Prozent der Männer ein Ja in die Urne.

Bei den Entscheidungsmotiven der Befürworter wurde am häufigsten die Absicht genannt, ein Zeichen gegen die Ausbreitung des Islam und des von ihm propagierten Gesellschaftsmodells zu setzen. Viele fügten denn auch an, dass Minarette nichts mit der Religionsausübung zu tun hätten. Etwa jeder sechste Befürworter begründete seinen Entscheid als Reaktion auf die Diskriminierung der christlichen Kirchen in islamisch geprägten Ländern. Konkrete Kritik an den in der Schweiz lebenden Muslimen gaben nur 15% der Ja-Stimmenden als Entscheidmotiv an. Die Zustimmung zum Minarettverbot darf auf jeden Fall nicht als generelle Ablehnung der in der Schweiz lebenden Muslime interpretiert werden. So erklärte sich eine Mehrheit von 64% aller Stimmenden voll oder ziemlich davon überzeugt, dass sich die schweizerische und die islamische Lebensweise gut vertragen. Auf das Stimmverhalten wirkte sich diese positive Einschätzung aber überhaupt nicht aus. Auch diejenigen, welche von einer sehr guten Verträglichkeit ausgehen, stimmten dem Verbot des Baus neuer Minarette mit einem Ja-Anteil von 49% zu.

Bei den Gegnern war die Einschränkung der in der Verfassung garantierten Grundrechte auf Religionsfreiheit und Nichtdiskriminierung für ihre Nein-Stimme ausschlaggebend.

Die Abstimmung über das Kriegsmaterialausfuhrverbot

Der individuelle Entscheid über das Exportverbot für Kriegsmaterial wurde zur Hauptsache von der Einordnung auf der Links-Rechts-Skala bestimmt. Je weiter links sich jemand einstuft, desto eher war er dafür. Es war den Initianten aber nicht gelungen, zusätzlich zur Linken auch einen namhaften Teil der politischen Mitte für ihr Anliegen zu gewinnen. Personen, die sich zur Mitte zählen, lehnten das Begehren mit 80% fast gleich stark ab wie die Rechte. Praktisch ungeteilte Zustimmung fand das Waffenexportverbot nur bei den Grünen, bei der SP befolgte nur etwas mehr als die Hälfte (58%) die Ja-Parole. Die Sympathisanten der drei grossen bürgerlichen Parteien lehnten die Initiative sehr deutlich ab, die CVP mit 82% Nein, die SVP mit 87% und die FDP mit 88%. Die Kritik an der Schweizer Armee stand bei dieser Abstimmung nicht im Zentrum: Das Exportverbot wurde auch von fast jedem zweiten Armeekritiker abgelehnt.

Je höher die formale Bildung einer Person, desto grösser war die Wahrscheinlichkeit für ein Ja. Allerdings überwog bei allen Bildungsgruppen, also auch bei den Stimmenden mit einem Hochschulabschluss, das Nein. Im Gegensatz zur Initiative für die Armeeabschaffung von 1989 war das Abstimmungsverhalten nicht linear an das Alter geknüpft. Den höchsten Ja-Stimmenanteil erzielte das Waffenausfuhrverbot nicht bei den jüngsten Stimmenden (31%), sondern bei den 40-49jährigen (42%). Frauen haben der Initiative nicht signifikant häufiger zugestimmt als Männer.

Genau die Hälfte der Ja-Stimmenden gab für ihren Entscheid pazifistische Gründe an. Sie hofften, mit ihrem Ja einen Beitrag zur Verhinderung von Kriegen zu leisten. Rund jeder siebte Ja-Stimmende glaubte, ein Ja zu den Rüstungsexporten (und nicht zur Initiative) abgegeben zu haben. Hätten diese Personen ihren Interessen gemäss mit Nein gestimmt, wäre der Ja-Anteil wohl unter die 30%-Marke gefallen. Für 80% der Gegner waren wirtschaftspolitische Gründe ausschlaggebend. Dabei dominierte ganz klar die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen.

Die Abstimmung über die Spezialfinanzierung im Flugverkehr

Mit dem obligatorischen Referendum über die Neuregelung der Verwendung der Abgaben auf Treibstoffen im Flugverkehr haben sich die Stimmberechtigten nur wenig auseinandergesetzt. Entsprechend schlecht war denn auch der Kenntnisstand.

Befürworter und Gegner unterschieden sich sowohl in Bezug auf ihre politische Einstellung als auch auf ihre soziostrukturellen Merkmale nur wenig. Die Nein-Stimmenden waren einzig bei den Angehörigen der äusseren Linken in der Mehrzahl, die gemässigten Linken stimmten hingegen nicht anders als Personen aus der Mitte und rechts von der Mitte.

Für eine Mehrheit der Befürworter war es eine Sache der Gerechtigkeit, dass der Flugverkehr die von ihm abgelieferten Sonderabgaben auf Treibstoffen für seine eigenen Zwecke verwenden darf. Bei den meisten Gegnern gab die umweltschutzpolitisch motivierte grundsätzliche Kritik am Flugverkehr den Ausschlag für das Nein.

ZUR METHODE

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten repräsentativen Nachbefragung. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung in den zwei Wochen nach der Volksabstimmung vom 29. November 2009 durch, wobei 31% der Interviews in den ersten fünf Tagen nach der Abstimmung stattfanden. Die Analyse der Daten wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (IPW) vorgenommen. Die Befragung wurde von 74 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das Forschungsinstitut gfs.bern als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Interviews extern zu beaufsichtigen. Für die BefragterInnen und die Befragten war diese Überwachung nicht erkennbar, sie wussten aber von deren Existenz. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren. Der Stichprobenumfang beträgt 1008 stimmberechtigte Personen. Die Grösse der Stichprobe ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50%:50% einen Stichprobenfehler von +/-3.2 Prozentpunkten. Bei einer geringeren Stichprobengrösse erhöht er sich, z.B. bei den 722 effektiven AbstimmungsteilnehmerInnen auf +/- 3.7 Prozentpunkte. Liegen die Prozentwerte weiter auseinander, so reduziert sich der Stichprobenfehler.

Tabelle 1: Abstimmungsergebnisse für die Schweiz und nach Kantonen, in Prozent der Stimmenden

Kantone	Stimmbeteiligung in %	Finanzierung Luftverkehr % Ja	Waffenexport- verbot % Ja	Minarettverbot % Ja
Schweiz	53.4	65.0	31.8	57.5
ZH	54.9	69.2	33.9	51.8
BE	51.4	65.7	29.7	60.7
LU	53.7	65.6	25.6	61.2
UR	52.0	59.3	15.6	63.8
SZ	51.6	57.5	20.2	66.3
OW	61.0	65.2	19.1	62.4
NW	56.9	69.1	12.0	62.8
GL	46.9	65.3	21.9	68.8
ZG	61.9	68.5	25.4	56.7
FR	51.5	64.3	29.0	55.9
SO	55.0	60.9	26.2	64.0
BS	57.2	66.2	46.9	48.4
BL	50.5	65.9	34.2	59.9
SH	69.6	62.9	30.0	63.5
AR	57.3	64.3	28.4	63.7
AI	49.7	61.0	23.1	71.4
SG	53.8	63.5	26.5	65.9
GR	45.6	65.4	32.1	58.6
AG	51.2	63.3	26.5	64.0
TG	53.3	62.7	21.6	67.7
TI	49.2	63.3	37.6	68.1
VD	52.8	64.2	40.5	46.9
VS	61.1	55.5	29.2	58.0
NE	53.9	60.8	37.2	49.2
GE	57.8	72.5	48.2	40.3
JU	50.0	58.1	38.9	51.2
Quelle: http://www.admin.ch (vorläufige Ergebnisse)				

DIE BEDEUTUNG DER VORLAGEN, DIE BETEILIGUNG UND DIE MEINUNGSBILDUNG

Die Bedeutung der Vorlagen

Am 29. November 2009 hatten die Stimmberechtigten über drei Vorlagen abzustimmen. Zum Entscheid standen erstens eine Verfassungsänderung für eine Neuregelung der Verwendung der Steuern und Zuschläge auf Treibstoffen für den inländischen Flugverkehr, zweitens eine Volksinitiative der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee für ein Exportverbot für Kriegsmaterial und drittens eine Volksinitiative aus SVP- und EDU-Kreisen für ein Bauverbot für Minarette. Das Volk stimmte dieser letzten Initiative zu. Es hiess auch die Neuordnung der Verwendung der Treibstoffabgaben im Flugverkehr gut und verwarf das Waffenausfuhrverbot deutlich.

Die in der VOX-Analyse befragten Stimmberechtigten stufte die Abstimmung über das Verbot des Baus von Minaretten als die wichtigste der drei Entscheidungen ein. Vier von fünf Personen glaubten, dass ihre Bedeutung für die Schweiz gross oder sogar sehr gross sei (*Tabelle 1.1*). Damit erreichte das Minarettverbot zwar nicht ganz den Bedeutungswert, auf den europapolitische Entscheide (Bilaterale II, Ausweitung der Personenfreizügigkeit) gekommen waren. Er lag mit einem Mittelwert von 7.7 auf einer von Null bis zehn reichenden Skala aber deutlich über dem langjährigen Durchschnittswert aller Abstimmungen von 6.9. Wie meistens wurde die persönliche Bedeutung der Vorlage etwas weniger hoch eingeschätzt als deren nationale Wichtigkeit. Mehr als 60% der Bürgerinnen und Bürger glaubten jedoch, dass der Ausgang der Abstimmung über die Minarettinitiative auch für sie persönlich wichtig sei. Die an der Abstimmung Teilnehmenden massen dem Minarettverbot eine grössere Bedeutung zu als die Nichtstimmenden. Besonders gross fiel diese Differenz bei der persönlichen Betroffenheit aus, welche 78% der Stimmenden, aber nur 41% der Abstinenden als gross beurteilten. Zwischen den Befürwortern und den Gegnern gab es hingegen kaum Unterschiede in der Einstufung der Wichtigkeit.

Als überdurchschnittlich wichtig, sowohl für die Schweiz als ganzes wie auch für sich persönlich erachteten die Stimmberechtigten auch den Entscheid über ein Verbot von Kriegsmaterialexporten. Die dritte Vorlage wurde demgegenüber als unwichtig eingestuft. Kaum jemand glaubte, von diesem Beschluss über die zukünftige Verwendung der Abgaben auf dem Flugbenzin wesentlich betroffen zu sein.

Tabelle 1.1: Wahrnehmung der Bedeutung der Vorlage für das Land und für sich selbst, in Prozent Stimmberechtigter

Bedeutung für ...in %	Luftverkehr		Waffenexport		Minarettverbot	
	das Land	sich selbst	das Land	sich selbst	das Land	sich selbst
Sehr klein (0, 1)	7	25	3	9	3	8
Klein (2-4)	19	27	6	15	5	11
Mittel (5)	22	28	12	21	9	19
Gross (6-8)	42	18	52	40	43	34
Sehr gross (9, 10)	10	2	27	15	40	28
Arithmetisches Mittel	5.7	3.7	7.2	5.9	7.7	6.5
(N)	799	882	923	940	950	967
Durchschnitt 2000-2009	6.9	5.4				

© IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.

Die Beteiligung

Die Beteiligung lag mit klar überdurchschnittlichen 53% im Rahmen anderer ausländerpolitischer Volksabstimmungen der letzten Jahre wie etwa denjenigen zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit vom 25. September 2005 resp. 8. Februar 2009 (54% resp. 51%).

Praktisch alle Personen, die sich sehr für Politik interessieren, nahmen an der Abstimmung teil (*Tabelle 1.2*). Wer wenig oder überhaupt nicht an Politik interessiert ist, beteiligte sich kaum oder gar nicht. Wie gewohnt hatte auch das Alter einen Einfluss: Während bei den unter 30jährigen nur jede vierte Person abstimmte, waren es bei den mindestens 50 Jahre alten Bürgerinnen und Bürgern rund 70%. Auffallend ist, dass sich in der jüngsten Altersgruppe (unter 30jährige) die Frauen mit 33% viel stärker beteiligten als die Männer (20%). Die überdurchschnittliche hohe Partizipationsrate bei den mehr als 50 Jahre alten Männern führte jedoch dazu, dass sich insgesamt keine Geschlechterdifferenz feststellen liess.

Obwohl das Kriegsmaterialexportverbot die schweizerische Armee nicht direkt tangierte, war deren Existenz und Funktion im Abstimmungskampf namentlich in den Argumenten der Gegner doch auch präsent. Dabei gelang es den Gegnern aber offenbar nicht, die Anhänger einer starken Armee zu mobilisieren. Im Gegenteil, wer die Armee abbauen möchte, beteiligte sich mit 63% stärker an der Abstimmung als Stimmberechtigte, welche sich für eine starke Armee einsetzen (47%).

Die Minarettverbotsinitiative war natürlich weit mehr als nur eine bau- und kirchenrechtliche Frage. In der Kampagne der Befürworter spielten vor allem die schweizerische Einwanderungspolitik, die Veränderung der Identität der Schweiz im Rahmen der Globalisierung und auch die Geschlechtergleichstellungspolitik eine zentrale Rolle. Man hätte deshalb erwarten können, dass sich die Einstellung zur Ausländerpolitik, zur Veränderung der Schweiz und zur Frauenpolitik auf die Mobilisierung auswirken würde.

Unsere Daten zeigen jedoch, dass sich das Minarettverbot nicht besonders mobilisierend für Personen auswirkte, welche den Ausländern gegenüber negativ eingestellt sind. Im Gegenteil, wer den Ausländern gleiche Rechte wie den Schweizern zuerkennen will, beteiligte

sich überdurchschnittlich stark am Urnengang (60%). Auch Personen, denen die Wahrung der schweizerischen Traditionen ein sehr wichtiges Anliegen ist, nahmen nicht überdurchschnittlich oft an der Abstimmung teil. Es liessen sich vor allem Personen mobilisieren, die im Widerstreit zwischen einer modernen und einer traditionellen Schweiz eine Mittelposition einnehmen.

Ferner trifft auch die These nicht zu, dass sich Personen, denen eine gleichberechtigte Stellung der Frau in der Gesellschaft besonders wichtig ist, überdurchschnittlich stark haben mobilisieren lassen um ihr Unbehagen über die frauenfeindlichen Tendenzen des Islam und der von ihm geprägten Gesellschaften auszudrücken. Diese Personen beteiligten sich nur zu 43% an der Abstimmung, wer jedoch gegen Massnahmen zur Förderung von Frauen ist, zu 62%. Diese Differenz ist fast ausschliesslich auf das Verhalten der jüngeren Generationen zurückzuführen. Wer jünger als 40 Jahre und für Förderungsmassnahmen zugunsten von Frauen ist, beteiligte sich nur zu 22%, wer aus dieser Altersklasse gegen die Frauenförderung ist, jedoch zu 43%.

Tabelle 1.2: Beteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen, in Prozent der Teilnehmenden

Merkmale/Kategorien	Teilnahme in %	n	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	53	1008	
Interesse an der Politik			V = 0.63***
Sehr interessiert	95	171	
Ziemlich interessiert	72	426	
Eigentlich nicht interessiert	22	277	
Überhaupt nicht interessiert	5	129	
Alter			V = 0.38***
18 bis 29 Jahre	25	194	
30 bis 39 Jahre	39	223	
40 bis 49 Jahre	62	167	
50 bis 59 Jahre	66	166	
60 bis 69 Jahre	73	132	
70 Jahre und darüber	75	125	
Parteisympathie			V = 0.26***
SP – Sozialdemokratische Partei	62	149	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	65	71	
FDP. Die Liberalen	50	135	
SVP – Schweizerische Volkspartei	69	117	
Grüne	(84)	43	
Keine Partei	43	388	
Ausbildung			V = 0.21***
Obligatorische Schulzeit	39	72	
Lehre	45	467	
Matur/Lehrerseminar	53	93	
Fachschule	65	155	
Universität, Fachhochschule	68	217	
Einordnung auf der Links/Rechts-Achse			V = 0.17***
Links aussen	55	87	
Links	68	178	
Mitte	49	363	
Rechts	61	146	
Rechts aussen	68	94	
Wertvorstellung: Armee			V = 0.17***
Präferenz starke Armee	47	484	
Gemischte Vorstellungen	59	248	
Präferenz keine Armee	63	259	
Wertvorstellung: Chancengleichheit AusländerInnen			V = 0.15***
Präferenz Chancengleichheit	60	343	
Gemischte Vorstellungen	55	304	
Präferenz Chancenungleichheit	43	336	
Wertvorstellung: Modernität			V = 0.15***
Präferenz moderne Schweiz	46	409	
Gemischte Vorstellungen	62	393	
Präferenz traditionelle Schweiz	50	190	
Geschlecht			n.s.
Stadt/Land			n.s.

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».

© IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.

Die Meinungsbildung – Entscheidungsschwierigkeit, Zeitpunkt des Stimmentscheids und Mediennutzung

Von den drei Vorlagen blieb die Minarettinitiative am deutlichsten im Gedächtnis. In der Nachbefragung wussten noch 96% der Teilnehmenden und 80% der Abstinenden, dass darüber entschieden worden war. An das Waffenexportverbot vermochten sich noch 64% der Stimmenden und 40% der Nichtteilnehmenden zu erinnern. Schon mehrheitlich vergessen war die Spezialfinanzierung des Luftverkehrs, die nur noch bei weniger als der Hälfte der Stimmenden (45%) und bloss bei 9% der Nichtstimmenden präsent war.

Die Stimmabsichten zur Minarettinitiative waren retrospektiv gesehen bei der Hälfte der Stimmenden schon lange, d.h. mindestens 6 Wochen vor der Abstimmung gemacht (Tabelle 1.3). In den letzten 2 Wochen entschieden sich 31 Prozent, in den letzten Tage mit 9% nur wenige. Die Entscheidungsfindung wurde bei der am wenigsten umstrittenen Vorlage, der Spezialfinanzierung des Luftverkehrs, am schwierigsten empfunden (Tabelle 1.3). Nur 45% der Stimmenden hatte mit dieser in den Medien und in der Öffentlichkeit kaum diskutierten Vorlage keine grösseren Probleme. Beim Kriegsmaterialexportverbot und beim Verbot des Baus von Minaretten waren die im Titel enthaltenen Forderungen sehr klar. Das Abwägen der Vor- und Nachteile war dann für je rund 80% der Stimmenden nicht mehr besonders schwierig. Dieser Entscheid ist von den Befürwortern der Minarettinitiative gleich schwer empfunden worden wie von den Gegnern.

Tabelle 1.3: Zeitpunkt der Stimmentscheidung und Schwierigkeit bei der Meinungsbildung, in Prozent der Teilnehmenden

	Luftverkehr	Waffenexportverbot	Minarettverbot
Zeitpunkt des Stimmentscheids (N =659-721)			
6 Wochen und mehr vor der Abstimmung	30	41	48
3. bis 5. Woche vor der Abstimmung	23	23	21
1. bis 2. Wochen vor der Abstimmung	30	26	22
In der letzten Woche vor der Abstimmung	17	10	9
Schwierigkeit der Entscheidung a (N =-722)			
Eher einfache Entscheidung	45	78	81
Eher schwierige Entscheidung	39	18	17
Weiss nicht, keine Antwort	15	4	2

^a Das Total liegt unter 100%, da «weiss nicht» und «keine Antwort» in der Tabelle nicht aufgeführt sind.
[©] IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.

Auch bei der Volksabstimmung vom 29. November waren die klassischen Medien (Presse, Radio und Fernsehen) die am häufigsten genutzten Informationsmittel. Die redaktionellen Beiträge in den Zeitungen lagen wie meistens an der Spitze der Rangliste mit einer Nutzungsquote von 85% aller Abstimmenden; 56% beachteten auch die in den Zeitungen abgedruckten Leserbriefe. Die Diskussionen im Fernsehen wurden von 77% der Stimmenden für die Meinungsbildung genutzt. Weniger Beachtung fanden die Radiosendungen zu den drei Abstimmungsvorlagen mit einem Anteil von 61%. Wie gewohnt fand auch die vom Bundesrat verteilte Informationsbroschüre (Bundesbüchlein) viel Aufmerksamkeit; 72% der Stimmenden verwendeten sie.

Die Nutzung des Internet als Informationsquelle stieg weiter leicht an und erreichte 22%. Dabei bestätigten sich unsere früheren Befunde, dass die generationsspezifischen Unterschiede bei der Nutzung zwar weiterhin bestehen, sich aber langsam einebnen: Bei den Altersgruppen 18-29 und 30-39 Jahre ist es mehr als jeder Dritte, und bei den Gruppen der 40-49, 50-59 und 60-69 Jahre alten Personen jeweils mehr als jeder fünfte, der das Internet bei Volksabstimmungen nutzt. Einzig die 70 und mehr Jahre alten Stimmenden fallen mit einer Quote von nur 6% deutlich ab. Diese Altersgruppe erreicht demgegenüber beim Radio mit einem Anteil von 74% einen Spitzenwert. In der jüngsten Altersklasse verwendete nur jede dritte Person das Radio zur Meinungsbildung. Im langjährigen Vergleich überdurchschnittlich viele Stimmende gaben an, dass sie auch die gedruckten Werbemittel wie Inseerate (50%), Prospekte und Flugblätter (48%) sowie Plakate (53%) zur Meinungsbildung beigezogen hätten. Trotz der nach der Abstimmung aufgeflammten Diskussion über den Sinn und die Qualität der Repräsentativbefragungen im Vorfeld der Abstimmungen gaben mit 43% nicht mehr Leute an, sich auf diese abgestützt zu haben, als dies bei der Abstimmung vom 17. Mai 2009 der Fall gewesen war.

SPEZIALFINANZIERUNG VON AUFGABEN IM LUFTVERKEHR

Die Ausgangslage

Bei der Spezialfinanzierung von Aufgaben im Luftverkehr ging es um die zukünftige Verteilung der vom Bund auf allen Treibstoffen erhobenen Abgaben (Steuer und Zuschlag). Bisher waren diese Abgaben auch auf den Treibstoffen für Inland- und Privatflüge erhoben worden. Ihr Ertrag kam, nach Abzug des Beitrags an die allgemeine Bundeskasse, aber nicht dem Flugverkehr und seinen Infrastrukturen zu Gute, sondern dem Strassenverkehr. Um dem Prinzip zum Durchbruch zu verhelfen, dass dieser zweckgebundene Anteil demjenigen Verkehrsträger zukommen soll, der ihn entrichtet, wird neu der Flugverkehr selbst davon profitieren. Verwendet werden sollen diese Gelder für die Verbesserung der technischen Sicherheit, der Terrorabwehr und des Umweltschutzes. Im Parlament war dem Vorschlag des Bundesrates von Seiten der SP und der GP Kritik erwachsen. Umstritten war insbesondere die Verwendung der Mittel. Obwohl es sich nur um die bescheidene Summe von rund 40 Mio Fr. pro Jahr handelt, musste das Volk den Parlamentsbeschluss bestätigen, da die entsprechenden Vorschriften in der Bundesverfassung festgelegt sind (Art. 86 BV).

Eine Kampagne fand zu dieser Vorlage kaum statt. Das Thema wurde zwar in den Medien behandelt, Plakate oder Inserate gab es hingegen weder auf Befürworter- noch auf Gegenseite in wahrnehmbarem Umfang. Ihre Kritik am Flugverkehr, den sie als noch umweltschädlicher als den Strassenverkehr beurteilen, veranlassten die GP und die EVP zur Neinparole und die SP zur Stimmfreigabe. Die bürgerlichen Regierungsparteien und die Unternehmerverbände empfahlen ein Ja.

Das Abstimmungsprofil

Beim Entscheid über die Neuregelung der Verwendung der Treibstoffabgaben des Flugverkehrs unterschieden sich Befürworter und Gegner sowohl in Bezug auf ihre politische Einstellung als auch auf ihre soziostrukturellen Merkmale nur wenig. Die Nein-Stimmenden waren einzig bei den Angehörigen der äusseren Linken in der Mehrzahl, die gemässigten Linken stimmten hingegen nicht anders als Personen aus der Mitte und rechts von der Mitte (Tabelle 2.1). Die sich zur äusseren Rechten Zählenden waren etwas skeptischer, nahmen die Vorlage aber auch noch deutlich an. Analog dazu fiel auch der Entscheid der Parteisympathisanten aus. Anhänger der SVP, der SP und sogar der GP akzeptierten die Neuregelung, aber weniger deutlich als diejenigen der FDP und der CVP. Neben der Parteisympathie wirkte sich auch die Einstellung zum Umweltschutz geringfügig auf den Abstimmungsentscheid aus. Wer diesem Priorität vor der wirtschaftlichen Entwicklung einräumt, nahm die Vorlage etwas weniger klar an. Obwohl sich viele Bürgerinnen und Bürger in ihrer Meinungsbildung über diese wenig diskutierte Verfassungsänderung von den Empfehlungen der politischen Behörden leiten liessen, spielte das Regierungsvertrauen keine signifikante Rolle für den Entscheid. Die Zustimmungsrate war zwar bei Personen, welche der Regierung vertrauen etwas höher, aber auch die Misstrauischen stimmten zu 58% zu.

Tabelle 2.1: LUFTVERKEHR – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen, in Prozent Ja-Stimmender

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	(n)	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	65%	537	
Einordnung auf der Links/Rechts-Achse			V = 0.24***
Links aussen	33	54	
Links	72	126	
Mitte	67	167	
Rechts	73	89	
Rechts aussen	62	71	
Parteisympathie			V = 0.17*
SP – Sozialdemokratische Partei	59	97	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	(70)	46	
FDP. Die Liberalen	79	67	
SVP – Schweizerische Volkspartei	55	93	
Grüne	(55)	38	
Keine Partei	69	153	
Wertvorstellung: Umweltschutz vs. Wohlstand			V = 0.12*
Präferenz Umweltschutz	59	278	
Gemischte Vorstellungen	71	198	
Präferenz Wirtschaftlicher Wohlstand	(64)	42	
^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief». Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt. © IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.			

Jüngere Stimmende zeigten sich gegenüber der Spezialfinanzierung des Luftverkehrs etwas skeptischer als ältere Personen, aber auch sie stimmten mehrheitlich zu. Überdurchschnittlich viele Nein-Stimmen (43%) gab es auch auf dem Land (Tabelle 2.2). Tendenziell stimmten Personen mit höherer Bildung etwas stärker zu als Grund- und Berufsschulabsolventen; die Differenz ist aber statistisch nicht signifikant. Keine Unterschiede bestanden zwischen den Geschlechtern und in Bezug auf die Sprachregionen. Obwohl die Einnahmen für den Strassenbau mit dieser neuen Verteilungsregel leicht reduziert werden, stimmten die Automobilisten ebenso stark zu wie Personen aus autolosen Haushalten.

Tabelle 2.2: LUFTVERKEHR – Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen, in Prozent Ja-Stimmender

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	(n)	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	65%	537	
Alter			V = 0.18**
18 bis 29 Jahre	(56)	39	
30 bis 39 Jahre	55	89	
40 bis 49 Jahre	64	104	
50 bis 59 Jahre	60	118	
60 bis 69 Jahre	72	97	
70 und mehr Jahre	80	88	
Stadt/Land			V = 0.12*
Ländliche Gemeinden	57	177	
Kleine und mittlere Agglomerationen	66	178	
Grosse Agglomerationen/Städte	71	181	
^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief». Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt. © IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.			

Die Wahrnehmung

Die kaum bestrittene Spezialfinanzierung für den Luftverkehr, über die nur deshalb abgestimmt werden musste, weil sie als Steuerfrage in der Verfassung aufgeführt ist, vermochte sich in den Köpfen der Schweizerinnen und Schweizer nicht zu verankern. Mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten wussten einige Tage nach der Abstimmung nicht mehr, um was es dabei konkret gegangen war (Tabelle 2.3). Auch von den Stimmenden vermochten sich 38% nicht mehr an den Inhalt der Vorlage zu erinnern. Immerhin etwas mehr (43%) gaben an, dass es um die Neuregelung der Verwendung der Flugbenzinsteuern gegangen war. Der schlechte Kenntnisstand der Stimmenden schlägt sich auch darin nieder, dass 14% der Stimmenden angaben, leer eingelegt zu haben (in der Realität waren es rund 4%) und weitere 8% sich nicht mehr erinnern konnten, wie sie gestimmt hatten. Bei denjenigen, die zu ihrer Ja- oder Nein-Stimme standen, waren die Vorlagenkenntnisse etwas besser. Die Zahl der nicht oder falsch Informierten betrug bei ihnen ←nur→ 33%.

Tabelle 2.3: LUFTVERKEHR – Wahrnehmung der Inhalte, in Prozent Stimmberechtigter (nur Erstnennungen)

Wahrnehmung*	Total % (1008)	Teilnehmende % (722)	Nichtteilnehmende % (286)
Neuregelung/Umverteilung der Flugbenzinsteuer	30	43	15
Davon explizit Einnahmen der Flugbenzinsteuer für Flugverkehr	6	9	2
Zukunft der Finanzierung des Flugverkehrs	4	7	1
Falsche Antwort	3	5	2
Weiss nicht	57	38	77
* Die Aussagen wurden nach Beteiligung gewichtet. © IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.			

Die Entscheidungsmotive

Trotz der schlechten Kenntnisse über die Abstimmungsvorlage begründeten immerhin gut die Hälfte der Ja-Stimmenden und zwei Drittel der Gegner ihren Entscheid mit konkreten und sachlich angebrachten Argumenten (Tabelle 2.4). Für 41% der Befürworter war es eine Sache der Gerechtigkeit, dass der Flugverkehr die von ihm abgelieferten Sonderabgaben auf Treibstoffen für seine eigenen Zwecke verwenden darf. Je rund 18% führten als Erstnennung an, dass die Vorlage eine gute Sache sei resp. dass sie der Empfehlung von Parteien oder politischen Behörden gefolgt seien.

Für 40% der Gegner war ihre grundsätzlich negative Haltung zum Flugverkehr ausschlaggebend für ihr Nein. Fast jeder Vierte hätte es vorgezogen, dass diese Steuereinnahmen auf andere Weise ausgegeben würden; insgesamt 15% der Gegner sprachen sich für die bisherige Verwendung zu Gunsten des Strassenverkehrs aus. Auch unter den Gegnern konnten viele ihren Entscheid in der Nachbefragung nicht mehr begründen (15%) oder vermochten nur allgemeine Argumente («ist nichts Gutes») anzugeben (17%).

Tabelle 2.4: LUFTVERKEHR – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen in % (n=536)	Totalnennungen in % (n=536)
JA-Stimmende		
Es ist gerecht, wenn der Luftverkehr seine Steuern erhält	36	41
Wegen Empfehlung durch Bundesrat, Parlament, Parteien	18	19
Allgemeine positive Aussagen	18	18
Ist gut für Luftverkehr	8	12
Ist gut für Umweltschutz	7	7
Weiss nicht, keine Antwort	7	7
NEIN-Stimmende		
Gegen Förderung des Luftverkehrs	34	40
Geld für andere Zwecke verwenden	18	23
davon für Strassenbau	12	15
Allgemein negative Aussagen	17	18
Weiss nicht, keine Antwort	15	15
© IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.		

Die Pro- und Kontra-Argumente

Die Kontrahenten beurteilten die von uns zur Beurteilung präsentierten Pro- und Kontra-Argument sehr gegensätzlich. Kein einziges Argument vermochte auf der Gegenseite eine Mehrheit zu überzeugen (Tabelle 2.5). Am meisten Zustimmung bei der Gesamtheit der Stimmenden (70%) fand das Gerechtigkeits-Argument, das für eine Zweckbindung der Treibstoffabgaben analog zum Strassenverkehr auch beim Flugverkehr plädierte. Diesem Argument stimmten 86% der Befürworter und immerhin auch 42% der Nein-Stimmenden zu. Was gerecht ist, muss aber noch nicht als gut beurteilt werden: Die Forderung, mit diesen Geldern den Luftverkehr zu stärken, war in beiden Lagern weniger populär. Ähnlich fiel die Reaktion auf das gegnerische Argument aus, dass der Luftverkehr als unökologische Transportart nicht noch zusätzlich finanziell unterstützt werden soll. Für das Total der Stimmenden ist diese Meinung knapp mehrheitsfähig und auch von den Befürwortern der neuen Mittelzuteilung sind damit mehr als ein Drittel einverstanden.

Rund zwei Drittel der Nein-Stimmenden erklärten sich damit einverstanden, dass weiterhin der Strassenbau von diesen auf dem Luftverkehr erhobenen Abgaben profitieren soll. Wenig logisch und eigentlich nur mit dem oben konstatierten schlechten Wissensstand erklärbar ist, dass sich auch 21% der Ja-Stimmenden zugunsten dieser von ihnen mit ihrem Entscheid eben aufgehobenen alten Regelung aussprachen.

Tabelle 2.5: LUFTVERKEHR – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht	Konsistenz ^a
Der Luftfahrtstandort Schweiz muss gestärkt werden.	Stimmende	56	36		80
	Ja-Stimmende	70	23		
	Nein-Stimmende	31	60		
Die Treibstoffsteuern auf Flugbenzin sollen dem Luftverkehr zu Gute kommen. Das ist verursachergerecht.	Stimmende	70	24	6	79
	Ja-Stimmende	86	9	5	
	Nein-Stimmende	42	51	7	
Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht	Konsistenz ^a
Die Treibstoffsteuern auf Flugbenzin sollen weiterhin dem Strassenverkehr zu Gute kommen.	Stimmende	35	56	9	61
	Ja-Stimmende	21	69	10	
	Nein-Stimmende	62	31	7	
Die Luftfahrt hat die schlechteste Ökobilanz. Sie darf nicht mit Steuermitteln unterstützt werden.	Stimmende	50	38	13	53
	Ja-Stimmende	35	50	15	
	Nein-Stimmende	73	18	9	
Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 56% aller Stimmenden (70% der Ja-Stimmenden; 31% der Nein-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument («Der Luftfahrtstandort ...») zu, 36% (23% der Ja-Stimmenden und 60% der Nein-Stimmenden) lehnten es ab und 8% (7%; 9%) konnten sich nicht entscheiden. 80% derjenigen, die mit dem Argument einverstanden sind, haben tatsächlich ja gestimmt. n Gesamtheit der antwortenden Stimmenden = 533 (gewichtet). ^a Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen. © IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.					

VOLKSINITIATIVE FÜR EIN VERBOT VON KRIEGSMATERIAL-EXPORTEN

Die Ausgangslage

Am 21. September 2007 hatte die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) ihre mit 109'224 gültigen Unterschriften versehene Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» eingereicht. Diese verlangte insbesondere ein Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial inklusive Kleinwaffen und Trainingsgeräten und von entsprechenden Patenten. Um die wirtschaftlichen Folgen dieses Verbots zu mildern, soll der Bund während zehn Jahren die betroffenen Regionen und die arbeitslos gewordenen Beschäftigten der Rüstungsindustrie unterstützen. Die Initianten führten aus, dass die wirtschaftliche Bedeutung der schweizerischen Rüstungsindustrie mit einem Anteil von weniger als 0,5% der Gesamtausfuhren unbedeutend sei und die Schweiz mit dem Exportverbot ein weltweit beachtetes Zeichen für den Frieden setzen könnte. Der Bundesrat und mit ihm auch das Parlament und die bürgerlichen Parteien lehnten das Volksbegehren insbesondere aus folgenden drei Gründen ab: Gefährdung der Existenz von Rüstungsbetrieben und Zulieferfirmen und ihrer Arbeitsplätze; Risiko für die Rüstungsbeschaffung der Schweizer Armee in Krisenzeiten; bereits bestehende strenge Exportkontrolle für Rüstungsgüter.

Die Abstimmungskampagne wurde von beiden Seiten relativ intensiv geführt, sie stand von der Beachtung her gesehen aber doch im Schatten der Minarettverbotsinitiative. Die Parteien der Linken (SP, GP, PdA), welche sich bereits im Parlament dafür eingesetzt hatten, unterstützten die Initiative, die Mitteparteien EVP und Grünliberale gaben die Stimme frei und die übrigen bürgerlichen Parteien empfahlen ein Nein. Bekämpft wurde das Waffenexportverbot aber in erster Linie von den Unternehmerverbänden; die Gewerkschaften verzichteten auf eine Parole.

Das Abstimmungsprofil

Das Abstimmungsverhalten beim Exportverbot für Kriegsmaterial war sehr stark vom Links-Rechts-Gegensatz geprägt. Je weiter links sich jemand einstuft, desto eher war er für die Initiative (Tabelle 3.1). Die extreme Linke nahm sie zu 82% an, die gemässigte Linke zu 57%. Wer sich bei der politischen Rechten einordnet, stimmte zu 84% dagegen. Es war den Initianten nicht gelungen, auch einen namhaften Teil der politischen Mitte für ihr Anliegen zu gewinnen. Personen, die sich dort einstuften, lehnten das Begehren mit 80% fast gleich stark ab wie die Rechte. Praktisch ungeteilte Zustimmung fand das Waffenexportverbot nur bei den Grünen. Bei der anderen grossen linken Partei, der SP, befolgte nur etwas mehr als die Hälfte (58%) die Ja-Parole. Die Sympathisanten der drei grossen bürgerlichen Parteien lehnten die Initiative sehr deutlich ab, die CVP mit 82% Nein, die SVP mit 87% und die FDP mit 88%.

Neben der grundsätzlichen politischen Haltung, wie sie in der Einstufung auf der Links-Rechts-Skala zum Ausdruck kommt, und der parteipolitischen Affinität spielten auch spezi-

fische Werthaltungen eine, allerdings weniger wichtige Rolle für den Entscheid. Am stärksten wirkte sich erwartungsgemäss die Einstellung zur Schweizer Armee aus. Wer diese stärken will, lehnte die Initiative zu 83% ab, wer sie abbauen oder gar abschaffen möchte, sprach sich zu 57% dafür aus. Dass fast jeder zweite Armeegegner ein Nein in die Urne legte, weist allerdings auch darauf hin, dass der Entscheid von einem beträchtlichen Teil der Armeekritiker nicht als militärpolitische, sondern als primär wirtschaftspolitische Frage angesehen wurde. Relativ schwach wirkten sich die Einstellungen zu Ruhe und Ordnung und zur Öffnung der Schweiz gegen aussen aus. Wem Ruhe und Ordnung resp. eine eher auf sich bezogene Schweiz sehr wichtig ist, lehnte die Initiative überdurchschnittlich deutlich ab.

Tabelle 3.1: WAFFENEXPORT – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen, in Prozent Ja-Stimmender

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	(n)	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	32%	663	
Einordnung auf der Links/Rechts-Achse			V = 0.47***
Links aussen	82	50	
Links	57	138	
Mitte	20	225	
Rechts	13	122	
Rechts aussen	19	83	
Parteisympathie			V = 0.42***
SP – Sozialdemokratische Partei	58	104	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	18	61	
FDP. Die Liberalen	12	93	
SVP – Schweizerische Volkspartei	13	110	
Grüne	[79]	38	
Keine Partei	32	204	
Wertvorstellung: Armee			V = 0.36***
Präferenz starke Armee	17	308	
Gemischte Vorstellungen	33	169	
Präferenz keine Armee	57	180	
Wertvorstellung: Ruhe und Ordnung			V = 0.25***
Präferenz wenig Betonung Ruhe und Ordnung	[49]	43	
Gemischte Vorstellungen	47	196	
Präferenz starke Betonung Ruhe und Ordnung	23	416	
Wertvorstellung: Offenheit der Schweiz			V = 0.19***
Präferenz offene Schweiz	40	392	
Gemischte Vorstellungen	21	209	
Präferenz verschlossene Schweiz	22	50	

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief». Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.

Von den gesellschaftlichen und geografischen Merkmalen wirkte sich die Bildung am stärksten auf den Entscheid aus (Tabelle 3.2). Je höher die formale Bildung einer Person, desto grösser war die Wahrscheinlichkeit für ein Ja. Allerdings überwog bei allen Bildungsgruppen das Nein. Bei den Absolventen einer Berufslehre kam es auf einen Anteil von 77%, bei Stimmenden mit einem Hochschulabschluss auf 54%. In Grossstadtregionen schnitt das Waffenexportverbot etwas weniger schlecht ab als in Kleinstädten und auf dem Land (38% gegenüber 29%). Im Gegensatz zur Armeeausschaffungsinitiative der GSoA von 1989 war das Abstimmungsverhalten nicht linear an das Alter geknüpft. Die unter 50-jährigen waren zwar insgesamt etwas positiver zur Initiative eingestellt als die Älteren (38% resp. 27% Ja), aber den höchsten Ja-Stimmenanteil erzielte sie nicht bei den jüngsten Stimmenden (31%), sondern bei den 40–49-jährigen (42%).¹ Frauen haben dem Waffenexportverbot nicht signifikant häufiger zugestimmt als Männer.

In der französischsprachigen Schweiz und im Tessin fiel die Ablehnung etwas weniger deutlich aus als in der Deutschschweiz (gemäss Bundesamt für Statistik betragen die Ja-Anteile 39% resp. 37% gegenüber 29%). Dieser Unterschied bestätigte sich auch in unserer Befragung, er war aber nicht gross genug, um als statistisch signifikant zu gelten.

Tabelle 3.2: WAFFENEXPORT – Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen, in Prozent Ja-Stimmender

Merkmale/Kategorien	% Ja ^a	(n)	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	32%	663	
Bildung			V = 0.22***
Obligatorische Schulzeit	(15)	32	
Lehre, Berufsschule	23	270	
Maturität, Lehrerseminar	39	57	
Berufsmittelschule	32	125	
Fachhochschule, Universität, ETH	46	177	
Alter			V = 0.16**
18 bis 29 Jahre	31	58	
30 bis 39 Jahre	37	104	
40 bis 49 Jahre	42	121	
50 bis 59 Jahre	30	138	
60 bis 69 Jahre	32	122	
70 und mehr Jahre	19	119	
Stadt/Land			
Ländliche Gemeinden	32	209	V = 0.10*
Kleine und mittlere Agglomerationen	26	228	
Grosse Agglomerationen/Städte	38	225	
Geschlecht			n.s.

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.

¹ Siehe Longchamp, Claude, VOX – Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 29. November 1989, Bern 1990, S. 24.

Die Wahrnehmung

Eine grosse Mehrheit der Stimmenden wusste, dass es um ein generelles Waffenausfuhrverbot ging (*Tabelle 3.3*). Immerhin jeder Zehnte glaubte jedoch, dass es bloss um ein Verbot des Waffenexports in Kriegsgebiete gehe, also eine Regelung, die grundsätzlich bereits eingeführt ist. Diese falsche, verharmlosende Einschätzung nützte den Initianten aber nichts, denn diese Personen stimmten nicht häufiger Ja als der Durchschnitt.

Tabelle 3.3: WAFFENEXPORT – Wahrnehmung der Inhalte, in Prozent Stimmberechtigter (nur Erstnennungen)

Wahrnehmung*	Total % (1008)	Teilnehmende % (722)	Nichtteilnehmende % (286)
Verbot der Ausfuhr von Waffen/Kriegsmaterial	60	70	40
Waffenexportverbot in Kriegsgebiete	8	10	5
Verbot der Waffenproduktion	3	1	4
Weiss nicht, keine Antwort	22	10	36

* Die Aussagen wurden nach Beteiligung gewichtet.
 © IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.

Die Entscheidungsmotive

Genau die Hälfte der Ja-Stimmenden gab für ihren Entscheid pazifistische Gründe an (*Tabelle 3.4*). Sie hofften, mit ihrem Ja einen Beitrag zur Verhinderung von Kriegen zu leisten. Relativ häufig, das heisst von jedem fünften Befürworter wurden aussenpolitische Gründe und dabei insbesondere die Unvereinbarkeit von Waffenexporten mit der Neutralität der Schweiz genannt.

Rund jeder siebte Ja-Stimmende wollte eigentlich Nein stimmen, hat aber die Abstimmungsfrage falsch verstanden. Er glaubte mit seinem Votum ein Ja zu den Rüstungsexporten (und nicht zur Initiative) abgegeben zu haben. Unter diesen Personen, die unlogische Gründe für ihre Unterstützung der Initiative angaben, bezeichnen sich 60% als Befürworter einer starken Armee und nur 16% sind armeekritisch. Wenn man die spontan geäusserten Motive dieser irrtümlich Ja-Stimmenden genauer anschaut, dann stellt man fest, dass es sich fast durchwegs um Personen handelt, die meinten, mit ihrem Ja Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie gesichert zu haben. Hätten diese Personen ihren Interessen gemäss mit Nein gestimmt, wäre der Ja-Anteil wohl unter die 30%-Marke gefallen.

Während bei den Befürwortern ethische und aussenpolitische Motive im Vordergrund standen, waren für 80% der Gegner wirtschaftspolitische Gründe ausschlaggebend. Dabei dominierte ganz klar die Angst vor dem Verlust von Arbeitsplätzen (53% aller Erstnennungen). Das Argument, dass ein schweizerisches Exportverbot nichts zum Frieden beitrage, da die Waffen sonst von anderen Ländern geliefert würden, erwähnten 8% an erster Stelle. Die Befürchtung, dass mit einem Waffenausfuhrverbot auch die Schweizer Armee geschwächt würde, spielte bei dieser Abstimmung kaum eine Rolle. Sie wurde nur von 12% der Gegner erwähnt, wobei sie nur 5% an erster Stelle nannten. Stimmende, die auf ihren Zettel Nein schrieben aber ei-

gentlich für die Initiative waren, gab es bei den Gegnern auch. Mit einem Anteil von 3% waren diese Falschstimmenden jedoch bedeutend weniger häufig als unter den Ja-Stimmenden.

Tabelle 3.4: WAFFENEXPORT – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen in % (274)	Totalnennungen in % (274)
JA-Stimmende		
Ist grundsätzlich gegen Krieg	43	50
Falsche Gründe	14	17
Neutralitäts- und andere aussenpolitische Gründe	13	19
Kritik an Rüstungsindustrie	11	15
Allgemeine Aussagen (z.B. Waffen sind schlecht)	11	11
Keine Waffenexporte in Kriegsgebiete	4	4
Weiss nicht, keine Angaben	3	3
NEIN-Stimmende		
Wirtschaftliche Gründe	66	79
davon Verlust von Arbeitsplätzen	53	55
Sonst liefern die anderen Länder	8	14
Allgemeine Gründe (z.B. Initiative ist schlecht)	8	8
Export ist genügend streng geregelt	5	7
Schadet der Schweizer Armee	5	12
Falsche Gründe	3	4
Weiss nicht, keine Angaben	2	2

© IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.

Die Pro- und Kontra-Argumente

Die von uns getesteten Argumente aus der Kampagne der Initianten erzielten auch bei den Gegnern recht hohe Zustimmungswerte, sie waren bei diesen aber für die Entscheidung nicht wichtig genug. So war nicht nur eine Zweidrittelmehrheit aller Stimmenden der Überzeugung, dass sich die Schweiz nicht dank Waffenexporten am Krieg und an der Gewalt bereichern soll, sondern auch bei den Initiativgegnern ergab sich dafür eine Mehrheit von 53% (*Tabelle 3.5*). Für letztere ist aber die bestehende Regelung, welche Lieferungen in Kriegsgebiete untersagt, streng genug, um diesem Anspruch zu genügen. Diesem von den Initiativgegnern vorgebrachten Argument der bereits bestehenden restriktiven Regelung der Waffenausfuhr pflichteten 85% der Nein-Stimmenden, aber nur gerade 28% der Befürworter zu. Es war damit dasjenige Argument, bei dem sich die Urteile der Kontrahenten am stärksten voneinander unterscheiden. Zudem wirkte es sich auch sehr stark auf das Verhalten aus: Wer damit einverstanden war, lehnte die Initiative zu 87% ab.

Eine relativ hohe Zustimmung bei den Gegnern (37%) gab es für das Pro-Argument, dass der Staat die wirtschaftlichen Folgen eines Rüstungsexportverbots mit Stützungsmaßnahmen für die betroffenen Betriebe und Regionen mildern könnte. Am stärksten gingen bei den Pro-Argumenten die Meinungen dort auseinander, wo es um die Einschätzung der aussenpolitischen Rolle der Schweiz geht. Für 84% der Befürworter, aber nur für 29% der

Gegner sind Waffenexporte nicht vereinbar mit der schweizerischen Politik der Neutralität und des humanitären Engagements. Dass sich eine Annahme der Initiative verheerend für die schweizerische Rüstungsindustrie und ihre Arbeitsplätze auswirken würde, war nicht nur für 86% der Nein-Stimmenden, sondern auch für fast die Hälfte der Befürworter klar. Am wenigsten überzeugend von den gegnerischen Argumenten war die Behauptung, dass die Schweiz und ihre Armee dank einer starken eigenen Waffenproduktion unabhängiger vom Ausland sei.

Tabelle 3.5: WAFFENEXPORT – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmen- den in Prozent

Pro-Argumente		Einver- standen	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht	Konsi- stenz ^a
Die Schweiz sollte sich nicht mit Waffenexporten an Krieg und Gewalt in der Welt bereichern.	Stimmende	65	31	4	44
	Ja-Stimmende	89	10	1	
	Nein-Stimmende	53	42	5	
Die Ausfuhr von Kriegsmaterial widerspricht der Schweizer Neutralität und humanitären Tradition.	Stimmende	47	49	4	57
	Ja-Stimmende	84	14	2	
	Nein-Stimmende	29	66	5	
Sollten Arbeitsplätze in der Schweiz verloren gehen, können Betriebe und Regionen mit gezielten staatlichen Massnahmen unterstützt werden.	Stimmende	49	45	6	49
	Ja-Stimmende	76	20	4	
	Nein-Stimmende	37	56	7	
Kontra-Argumente		Einver- standen	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht	Konsi- stenz ^a
Die Schweizer Rüstungsindustrie würde ein Exportverbot nicht überleben, Tausende von Arbeitsplätzen gingen verloren.	Stimmende	73	24	3	80
	Ja-Stimmende	46	51	3	
	Nein-Stimmende	86	11	3	
Eine eigene Waffenproduktion macht die Schweiz unabhängiger vom Ausland.	Stimmende	61	35	4	80
	Ja-Stimmende	39	57	4	
	Nein-Stimmende	70	25	5	
Ein Exportverbot ist unnötig, da der Export von Kriegsmaterial schon heute sehr streng geregelt ist.	Stimmende	67	26	7	87
	Ja-Stimmende	28	65	7	
	Nein-Stimmende	85	9	6	
<p>Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 65% aller Stimmenden (89% der Ja-Stimmenden; 53% der Nein-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument («soll sich nicht bereichern») zu, 31% (10% der Ja-Stimmenden und 42% der Nein-Stimmenden) lehnten es ab und 4% (1%; 5%) konnten sich nicht entscheiden. 44% derjenigen, die mit dem Argument einverstanden sind, haben tatsächlich ja gestimmt.</p> <p>n Gesamtheit der antwortenden Stimmenden = 658 (gewichtet).</p> <p>^a Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen.</p> <p>[©] IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.</p>					

VOLKSINITIATIVE GEGEN DEN BAU VON MINARETTEN

Die Ausgangslage

In der Schweiz leben gemäss Schätzungen rund 400'000 Muslime, von denen mehr als 80% Ausländer sind. Der grösste Teil von ihnen ist in den 70er Jahren und insbesondere im Zusammenhang mit dem Balkankrieg der 90er Jahre aus dem ehemaligen Jugoslawien (Kosovo, Bosnien) eingewandert; eine zweite grosse Gruppe stammt aus der Türkei. Dieser Konfessionsgruppe stehen für die gemeinsame Ausübung ihres Glaubens rund 160 Moscheen, Kulturzentren und Gebetsräume zu Verfügung. Vier von diesen haben auch ein Minarett, wobei allerdings keines zum Ausrufen von Gebeten verwendet wird. In den letzten Jahren haben einige wenige muslimische Gemeinschaften bei den zuständigen kommunalen Behörden Baugesuche für die Errichtung eines Minaretts eingereicht. Dies führte zu lokalen Protesten und mündete 2007 in der Lancierung einer Volksinitiative auf Bundesebene für ein generelles Verbot des Baus von neuen Minaretten. Dieses von einem Komitee aus Politikern der SVP und der EDU getragene und von diesen beiden Parteien unterstützte Begehren wurde am 8. Juli 2008 mit 113'540 gültigen Unterschriften eingereicht. Der Bundesrat sprach sich dagegen aus und verwies auf die verfassungswidrigen Aspekte der Initiative, da sowohl die Religionsfreiheit als auch das Diskriminierungsverbot verletzt würden. Zudem passe der gewünschte Verfassungsartikel auch nicht in die föderalistische Kompetenzordnung beim Bauwesen. Eine Annahme der Initiative könnte das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in der Schweiz gefährden und würde im Ausland auf Unverständnis stossen und eventuell sogar Gegenmassnahmen provozieren. Gegen den Widerstand der SVP und der EDU übernahm das Parlament diese Argumentation und empfahl die Initiative ebenfalls zur Ablehnung.

Die Kampagne wurde in der Bevölkerung sehr intensiv und emotional geführt. Insbesondere kam es zu vielen Leserbriefen in der Presse. Die Plakate und Inserate der Befürworter dominierten zwar eindeutig, waren allerdings weit weniger häufig als bei anderen von der SVP getragenen Kampagnen. Grosses Aufsehen im In- und Ausland erregte das im üblichen provokanten Stil der SVP gehaltene Plakat, das auch in den Inseraten verwendet wurde. Dieses zeigte raketenförmige Minarette, welche auf einer Schweizerfahne stehen und als Zusatz noch eine tief verschleierte muslimische Frau. Daneben betonten die Initianten, dass Minarette zur Ausübung des islamischen Glaubens nicht notwendig seien und deren Bau in mehrheitlich christlichen Ländern bloss einen Machtanspruch der muslimischen Religion und der von ihr propagierten Rechtsvorstellungen (Scharia) darstellten. Für das Minarettverbot kämpften neben der SVP und der EDU auch die übrigen Rechtsparteien SD, Lega und FPS. Alle anderen Parteien sprachen sich dagegen aus. Eine Ablehnung empfahlen auch der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse, die Gewerkschaften und die Kirchen. Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen verzichteten die Gegner allerdings auf eine sichtbare Präsenz mit Plakaten und Inseraten.

Das Abstimmungsprofil

Das Stimmverhalten zur Minarettinitiative war sehr stark vom Links-Rechts-Gegensatz geprägt. Die Linke lehnte sie sehr deutlich ab; bei den sich auf der äusseren Linken einstuftenden Personen stimmten nur 11% dafür, bei den gemässigeren Linken 23% (Tabelle 4.1). Die Rechte stimmte der Initiative fast ebenso klar zu: Die gemässigtere Rechte mit 71% Ja, die äussere Rechte mit 85%. Entscheidend für den Ausgang der Volksabstimmung war deshalb das Verhalten der politischen Mitte, zu der sich über 30% der Befragten zählen. Diese nahm das Minarettverbot im Verhältnis zwei zu eins an. Damit bestand ein klarer Unterschied zu den beiden letzten ausländerpolitischen Vorlagen: Bei den Abstimmungen über die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Bulgarien und Rumänien vom Februar 2009 und über die Einbürgerungsinitiative der SVP vom Juni 2008 hatte die Mitte gerade umgekehrt, nämlich zu 66% gegen die SVP-Positionen gestimmt.² Innerhalb der politischen Mitte unterscheiden sich die Ja-Stimmenden weder in Bezug auf politische Werthaltungen noch auf soziostrukturelle Merkmale von den Nein-Stimmenden. Insbesondere haben Frauen aus der politischen Mitte nicht häufiger Ja gestimmt als Männer und auch die Einstellung zu den Frauenrechten spielte keine Rolle.

Neben der Einstufung auf der Links-Rechts-Skala wirkten sich ebenfalls die Parteisympathien auf den Entscheid aus, allerdings etwas weniger stark. Fast vollständig einig mit ihrer Partei waren die SVP-Anhänger. Sie hiessen die Initiative mit einem Ja-Stimmenanteil von 93% gut. Ähnlich gross war die Übereinstimmung auf der linken Seite. Von den Sympathisanten der Grünen stimmten nur 21% zu, bei der SP waren es 26%. Eine knappe Mehrheit der CVP (54%) und 60% der FDP-Anhänger entschieden sich gegen die Neinparolen ihrer Parteien. Wer mit keiner Partei sympathisiert, verhielt sich wie der Durchschnitt der Stimmenden (59% Ja).

Neben der grundsätzlichen politischen Einstufung wirkten sich auch spezifische Werthaltungen auf den Entscheid aus. Am bedeutendsten war erwartungsgemäss die Einstellung zu den Ausländern in der Schweiz. Wer findet, dass diese weniger Rechte haben sollen als Schweizerinnen und Schweizer, stimmte zu 84% für das Minarettverbot. Bemerkenswerter ist allerdings, dass auch von denjenigen, die sich für eine Chancengleichheit zwischen Schweizern und Ausländern aussprechen, zwei von fünf (38%) für das Minarettverbot waren. Es gab neben einer grundsätzlich negativen Haltung zur Einwanderung offenbar auch noch andere Gründe, um für die Initiative zu stimmen. Ähnlich sind die Ergebnisse für die Werthaltungsdichotomien im Bereich der Vorstellungen über eine ideale Schweiz. Wer dieses Land vor allem auf sich bezogen und traditionellen Werten verpflichtet wünscht, unterstützte erwartungsgemäss die Initiative sehr stark (81% resp. 90%). Aber auch Stimmende, welche für eine weltoffene resp. moderne Schweiz eintreten, legten zu rund 40% ein Ja in die Urne. Dass es sich beim nationalen Minarettverbot auch um einen zentralstaatlichen Eingriff in die in der Schweiz nach föderalistischen Grundsätzen aufgebauten Kompetenzen sowohl bezüglich Bauordnung als auch Religion handelt, war den Ja-Stimmenden offenbar kaum bewusst. Anders lässt es sich nicht erklären, dass Personen, die sich prinzipiell für eine föderalistische Staatsordnung aussprechen, diesem Eingriff in die Gemeinde- und Kantonautonomie überdurchschnittlich stark zustimmten.

²Siehe dazu die entsprechenden VOX-Analysen.

Tabelle 4.1: MINARETTVERBOT – Stimmverhalten nach politischen Merkmalen, in Prozent Ja-Stimmender

Merkmale/Kategorien	% Ja*	(n)	Korrelationskoeffizient*
Total VOX (gewichtet)	57%	681	
Einordnung auf der Links/Rechts-Achse			V = 0.51***
Links aussen	11	54	
Links	23	138	
Mitte	67	221	
Rechts	71	121	
Rechts aussen	85	95	
Parteisympathie			V = 0.44***
SP – Sozialdemokratische Partei	26	108	
CVP – Christlichdemokratische Volkspartei	54	57	
FDP. Die Liberalen	60	84	
SVP – Schweizerische Volkspartei	93	123	
Grüne	[21]	42	
keine Partei	59	207	
Wertvorstellung: Chancengleichheit AusländerInnen			V = 0.38***
Präferenz Chancengleichheit	38	249	
Gemischte Vorstellungen	56	211	
Präferenz Chancenungleichheit	84	199	
Wertvorstellung: Offenheit der Schweiz			V = 0.38***
Präferenz offene Schweiz	41	391	
Gemischte Vorstellungen	79	220	
Präferenz verschlossene Schweiz	81	57	
Regierungsvertrauen			V = 0.38***
Vertrauen	40	296	
Gemischte Vorstellungen	49	87	
Misstrauen	78	294	
Wertvorstellung: Modernität			V = 0.37***
Präferenz moderne Schweiz	40	225	
Gemischte Vorstellungen	57	306	
Präferenz traditionelle Schweiz	90	135	
Wertvorstellung: Ruhe und Ordnung			V = 0.32***
Präferenz wenig Betonung Ruhe und Ordnung	[32]	44	
Gemischte Vorstellungen	38	199	
Präferenz starke Betonung Ruhe und Ordnung	70	431	
Wertvorstellung: Machtverteilung Bund und Kantone			V = 0.24***
Präferenz Macht bei Bund	45	193	
Gemischte Vorstellungen	52	231	
Präferenz Macht bei Kantonen	73	224	
Interesse an Politik			V = 0.15**
Sehr interessiert	50	203	
Eher interessiert	59	393	
Eher nicht interessiert	66	74	
Überhaupt nicht interessiert	[100]	9	
Wertvorstellung: Förderung Gleichberechtigung der Frauen			V = 0.13**
Präferenz aktive Förderung	52	235	
Gemischte Vorstellungen	52	126	
Präferenz keine aktive Förderung	64	312	

* Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».
Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.
© IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.

Von den soziostrukturellen Merkmalen wirkte sich die formale Bildung am stärksten aus. Sie war mit einem Korrelationskoeffizienten von 0.37 ebenso wichtig wie die oben erwähnten Werthaltungen. Wer als höchsten Bildungsabschluss eine Berufslehre vorweisen kann, stimmte zu 76% mit Ja. Wer eine höhere Berufsschule oder eine Hochschule besuchte, war nur zu 48% resp. 34% für das Minarettverbot (Tabelle 4.2).

Personen, die sich als religionslos bezeichnen, lehnten die Initiative mit einem Ja-Stimmenanteil von 40% ab, Angehörige von christlichen Kirchen stimmten ihr zu 60% zu (zu den Angehörigen der anderen Religionsgruppen lassen sich wegen der zu geringen Fallzahl keine Aussagen machen). Dabei unterscheiden sich die Katholiken nicht von den Protestanten. Wie intensiv Christen ihren Glauben praktizieren, spielte für die Einstellung zum Minarettverbot ebenfalls keine Rolle. Nicht von Bedeutung war ferner die Wohnsituation: Bewohner von Mehrfamilienhäusern, die in der Regel eher in näheren Kontakt mit muslimischen Personen kommen, stimmten nicht stärker zu als Einfamilienhausbewohner. Hingegen waren Bewohner aus ländlichen Regionen oder Kleinstädten eher dafür als Personen aus den Grosstadttagglomerationen, welche die Initiative knapp ablehnten. Keine Mehrheit fand sie auch in der französischsprachigen Schweiz.

Tabelle 4.2: MINARETTVERBOT – Stimmverhalten nach gesellschaftlichen Merkmalen, in Prozent Ja-Stimmender

Merkmale/Kategorien	% Ja*	(n)	Korrelationskoeffizient ^a
Total VOX (gewichtet)	57%	681	
Bildung			V = 0.37***
Obligatorische Schulzeit	(77)	35	
Lehre, Berufsschule	76	291	
Maturität, Lehrerseminar	45	56	
Berufsfachschule	48	124	
Fachhochschule, Universität, ETH	34	174	
Haushaltseinkommen (Fr./Monat)			V = 0.20***
Unter 3000	(69)	45	
3–5000	65	120	
5–7000	63	155	
7–9000	60	144	
9000 und mehr	40	147	
Konfession			V = 0.14**
Protestantisch	61	286	
Römisch-katholisch	59	241	
Keine	42	112	
Stadt/Land			V = 0.13**
Ländliche Gemeinden	63	221	
Kleine und mittlere Agglomerationen	60	230	
Grosse Agglomerationen/Städte	49	230	
Sprachregion			V = 0.10*
Deutschsprachige Schweiz	60	493	
Französischsprachige Schweiz	49	161	
Italienischsprachige Schweiz	(68)	27	
Alter			n.s.
Geschlecht			n.s.

* Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief». Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.
© IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.

Das Alter spielte für den Entscheid keine Rolle. Tendenziell stimmten zwar die über 50jährigen etwas stärker zu als die Jüngeren, die Differenz ist statistisch jedoch nicht signifikant. Frauen haben gemäss dieser Umfrage tendenziell etwas stärker zugestimmt als Männer, aber auch diese Differenz ist statistisch nicht signifikant. Bei den älteren Generationen (ab 50 Jahre) bestehen überhaupt keine Unterschiede. Das Verhalten der jüngeren Frauen (18–49) war mit einer Zustimmungsrate von 60% jedoch signifikant anders als dasjenige der gleichaltrigen Männer (46% Ja). Wir haben oben im Kapitel 1 eine im Vergleich zu den Männern stärkere Abstimmungsbeteiligung der jüngeren Frauen festgestellt. Daraus lässt sich schliessen, dass die Minarettinitiative von einer überdurchschnittlich starken Mobilisierung dieser jüngeren Frauen profitiert hat. Im Gegensatz zu den nach der Abstimmung geäusserten Vermutungen handelte es sich dabei aber nicht um Frauen aus dem linken Spektrum, sondern um konservative Bürgerinnen. Unsere Daten widerlegen die Behauptung, dass die Initiative bei einem beträchtlichen Teil der linken Frauen gut angekommen sei. Von den sich zur Linken zählenden Frauen stimmten lediglich 16% für das Minarettverbot, bei den linken Männern waren es mit 21% etwas mehr. Eine stärkere Sympathie der Frauen als der Männer für das Minarettverbot bestand nur im Lager der Rechten. Hier legten 87% der Frauen und bloss 71% der Männer ein Ja in die Urne. Dass es nicht die sich besonders für die Gleichstellung der Frauen engagierenden Stimmbürgerinnen waren, welche der Minarettinitiative zum Durchbruch verholfen haben, wird auch durch eine weitere Statistik bekräftigt: Frauen, welche dieses Anliegen für besonders wichtig halten, stimmten nur unterdurchschnittlich oft zu und zwar genau gleich oft wie gleich gesinnte Männer (je 52%).

Die Wahrnehmung

Da der Inhalt der Initiative bereits in ihrem Titel enthalten war, erstaunt es nicht, dass fast alle Stimmenden und Abstinenden die Hauptforderung der Abstimmungsvorlage korrekt wiedergeben konnten (Tabelle 4.3). Immerhin 9% der Abstimmenden glaubten allerdings, dass es nicht nur um ein Verbot der Minarette, sondern auch um das Verbot der Errichtung neuer Moscheen ginge. Die Meinung, dass es sich um einen derart weitgehenden Eingriff in die Religionsfreiheit handeln würde, war bei den Gegnern der Initiative etwas stärker verbreitet als bei den Ja-Stimmenden (10% resp. 7%).

Die Vorlage selbst wurde also durchaus als konkretes Bauverbot für Minarette aufgefasst. Dass diese Minarette aber nicht bloss als bautechnische oder ästhetische Objekte wahrgenommen werden, sondern primär als Symbol für weltanschauliche und machtpolitische Anliegen, werden die Motive für den Entscheid der Stimmenden klar machen.

Tabelle 4.3: MINARETTVERBOT – Wahrnehmung der Inhalte, in Prozent Stimmberechtigter (nur Erstnennungen)

Wahrnehmung*	Total % (1008)	Teilnehmende % (722)	Nichtteilnehmende % (286)
Gegen den Bau von Minaretten	81	84	77
Gegen den Bau von Moschen	8	9	7
Weiss nicht, keine Antwort	7	2	12

* Die Aussagen wurden nach Beteiligung gewichtet.
© IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.

Die Entscheidungsmotive

Eine relative Mehrheit der Befürworter der Initiative wollte mit ihrem Votum ein Zeichen gegen das Minarett als Symbol für eine Islamisierung der Schweiz und Westeuropas setzen. Jeder Vierte Ja-Stimmende nannte dieses Motiv spontan an erster Stelle, 35% erwähnten es insgesamt. In eine ähnliche Richtung argumentierten weitere 15%, welche glauben, dass auf ein Minarett verzichtet werden kann, weil es nichts mit der Religionsausübung zu tun hat. Etwa gleich stark war die Gruppe, der es explizit um die Verteidigung des christlichen Glaubens ging und dafür war, die Diskriminierung der christlichen Religionen in vielen islamischen Ländern mit Gegenmassnahmen zu vergelten. Recht häufig wurden auch ästhetische Gründe als Motiv für die Ja-Stimme angeführt: Jeder fünfte Befürworter findet Minarette nicht schön und nicht in die schweizerische Landschaft passend. Relativ selten waren diejenigen, welche ihre Ja-Stimme explizit mit Vorbehalten gegen in die in der Schweiz ansässigen Muslime begründeten (15%, davon 9% Erstnennungen).

Für 40% der Gegner des Minarettverbots war die Einschränkung der Grundrechte auf Religionsfreiheit und Nichtdiskriminierung ausschlaggebend. Rund jeder sechste gab an, dass es sich um ein Scheinproblem handle und die bestehenden vier Minarette bisher niemanden gestört hätten. Falsches Verhalten in dem Sinne, dass sich der Entscheid über die Initiative und die dafür angeführten Motive widersprechen, kam praktisch nicht vor.

Tabelle 4.4: MINARETTVERBOT – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid	Erstnennungen in % (330)	Totalnennungen in % (330)
JA-Stimmende		
Ist Symbol der Islamisierung	24	35
Braucht es nicht, Moscheen reichen	15	29
Verteidigung des christlichen Glaubens	14	16
davon: Kirchturmverbot in islam. Ländern	10	10
Stören das Landschaftsbild der Schweiz	13	19
Muslime halten sich nicht an unsere Gesetze	9	15
Bin mit muslimischen Werten nicht einverstanden	4	5
Weiss nicht, falsche oder keine Angabe	3	3
NEIN-Stimmende		
Ist grundrechtswidrig, verstösst gegen Religionsfreiheit	31	40
Allgemein negative Aussagen zur Initiative	15	15
Minarette störten mich bisher nicht	13	14
Verbot ist intolerant	11	17
Verstärkt Konflikt mit islamischer Gemeinschaft	5	8
Weiss nicht, falsche oder keine Angabe	5	5

© IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.

Die Pro- und Kontra-Argumente

Von den zur Beurteilung vorgelegten Argumenten der Initianten waren drei bei der Gesamtheit der Stimmenden etwa im selben Ausmass mehrheitsfähig wie die Initiative selbst (Tabelle 4.5): Dass Minarette nichts mit der Religionsausübung zu tun haben, sondern ein Machtsymbol seien (Zustimmung durch 61% aller Stimmenden), dass es wichtig sei, ein Zeichen gegen die Verbreitung des Islam in der Schweiz und in Westeuropa zu setzen (57%), und dass ein Minarettverbot auch wegen der Einschränkung der Ausübung der christlichen Religion in islamischen Ländern gerechtfertigt sei (54%). Bei allen drei Argumenten unterschieden sich aber die Ja-Stimmenden mit Akzeptanzraten von 81–89% deutlich von den Gegnern (15–24%). Einig war man sich hingegen auf beiden Seiten, dass in islamisch geprägten Gesellschaften die Frauen unterdrückt werden. Nicht nur 95% der Befürworter, sondern auch 76% der Gegner der Initiative waren mit dieser These einverstanden; letztere sahen darin aber keinen Grund, den Muslimen ihre Türme zu verbieten. Das Argument, dass Moscheen mit Minaretten Zentren für islamische Extremisten seien, ging auch fast der Hälfte der Befürworter der Initiative zu weit. Nur ein Drittel der Gesamtheit der Abstimmungsteilnehmenden war damit einverstanden. Eine Mehrheit von 58% der Stimmenden war mit dem von den Gegnern vorgebrachten Vorwurf einverstanden, dass es den Initianten gar nicht um die Minarette, sondern um die Propaganda gegen die Ausländer gehe. Nicht nur 88% aller Nein-Stimmenden, sondern auch 37% der Initiativ-Befürworter stimmten dieser Behauptung zu. Offenbar war das für letztere aber gar kein Vorwurf, sondern ihre eigene Interpretation der an sich bau- und kir-

chenrechtlichen Initiative. Es handelte sich dabei nämlich vorzugsweise um Personen, die sich für eine Bevorzugung der Schweizer gegenüber den Ausländern aussprechen. Wenig Wirkung zeigten die aussenpolitischen und menschenrechtlichen Argumente der Gegner. Neben der grossen Mehrheit der Nein-Stimmenden befürchteten nämlich auch 40% der Befürworter eines Minarettverbots, dass dieser Entscheid negative Auswirkungen für die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu islamischen Ländern haben könnte. Sie waren aber bereit, dieses Risiko auf sich zu nehmen. Nur gerade 36% aller Befragten glaubten, dass ein Bauverbot für Minarette menschenrechtswidrig ist, wie dies der Bundesrat und Juristen behauptet hatten. Auch von den Initiativgegnern waren nur 62% davon überzeugt. Relativ hoch war mit 12% der Anteil derjenigen, der sich dazu nicht äussern wollte oder konnte.

Exkurs zur Perzeption der Muslime in der Schweiz

Die Zustimmung zum Minarettverbot darf nicht als generelle Ablehnung der islamischen Religion und ihrer Anhänger in der Schweiz interpretiert werden. So waren 64% aller Stimmenden voll (22%) oder ziemlich (42%) davon überzeugt, dass sich die schweizerische und die islamische Lebensweise gut vertragen. Nur gerade 9% waren damit überhaupt nicht einverstanden. Auf das Stimmverhalten wirkte sich diese positive Einschätzung des Zusammenlebens mit den in der Schweiz wohnenden Muslimen aber überhaupt nicht aus. Auch diejenigen, welche von einer sehr guten Verträglichkeit ausgehen, stimmten dem Verbot des Baus neuer Minarette mit einem Ja-Anteil von 49% zu.

Tabelle 4.5: MINARETTVERBOT – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

Pro-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht	Konsistenz ^a
Minarette haben nichts mit Religionsfreiheit zu tun. Sie verkörpern einzig und allein religiös-politischen Macht- und Herrschaftsanspruch.	Stimmende	61	35	4	85
	Ja-Stimmende	89	8	3	
	Nein-Stimmende	22	73	5	
Ein Minarettverbot ist gerechtfertigt, weil die Ausübung der christlichen Religion in islamisch geprägten Staaten auch eingeschränkt wird.	Stimmende	54	42	4	87
	Ja-Stimmende	83	13	4	
	Nein-Stimmende	15	82	3	
Es geht darum, ein Zeichen zu setzen gegen die zunehmende Verbreitung des Islams in der Schweiz und in Westeuropa.	Stimmende	57	39	4	82
	Ja-Stimmende	81	16	3	
	Nein-Stimmende	24	70	6	
Moscheen und Minarette sind ein Hort islamischer Extremisten.	Stimmende	34	61	5	91
	Ja-Stimmende	54	40	6	
	Nein-Stimmende	7	88	5	
Im Islam werden die Frauen unterdrückt.	Stimmende	87	8	5	63
	Ja-Stimmende	95	3	2	
	Nein-Stimmende	76	15	9	
Kontra-Argumente		Einverstanden	Nicht einverstanden	Weiss nicht	Konsistenz ^a
Die Initianten betreiben reine Propaganda gegen Ausländer.	Stimmende	58	38	4	64
	Ja-Stimmende	37	59	4	
	Nein-Stimmende	88	9	3	
Ein Verbot von Minaretten verstösst gegen die Menschenrechte.	Stimmende	36	52	12	75
	Ja-Stimmende	16	74	10	
	Nein-Stimmende	62	23	15	
Die Minarett-Initiative gefährdet die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu muslimischen und arabischen Ländern.	Stimmende	57	39	4	60
	Ja-Stimmende	40	56	4	
	Nein-Stimmende	81	14	5	
<p>Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 54% aller Stimmenden (83% der Ja-Stimmenden; 15% der Nein-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument («Minarettverbot ist gerechtfertigt ...») zu, 32% (13% der Ja-Stimmenden und 82% der Nein-Stimmenden) lehnten es ab und 4% (4%; 3%) konnten sich nicht entscheiden. 87% derjenigen, die mit dem Argument einverstanden sind, haben tatsächlich ja gestimmt.</p> <p>n Gesamtheit der antwortenden Stimmenden = 676 (gewichtet).</p> <p>^a Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen.</p> <p>© IPW / gfs.bern: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009.</p>					

METHODISCHER STECKBRIEF

Der vorliegende Bericht beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung. Das Forschungsinstitut gfs.bern führte die Befragung innerhalb von dreizehn Tagen nach der Volksabstimmung vom 29. November 2009 durch. Dabei fanden 31% der Interviews in den ersten fünf Tagen statt. Die Analyse wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (IPW) vorgenommen.

Die Befragung wurde von 74 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das Forschungsinstitut gfs.bern als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Interviews extern zu beaufsichtigen. Für die BefragterInnen und die Befragten war diese Überwachung nicht erkennbar, aber sie wurden über diese Kontrollmöglichkeit informiert. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren, wobei auf der ersten Stufe (Sprachregionen) eine proportionale Schichtung vorgenommen wurde. Hierfür bildeten die offiziellen Statistiken des Jahres 2000 die Grundlage. Auf der zweiten Stufe (Haushalte) erfolgte eine Zufallsauswahl aus dem elektronischen Telefonverzeichnis der Swisscom. Die Auswahl auf der dritten Stufe (stimmberechtigte Personen aus dem jeweiligen Haushalt) erfolgte nach dem «Geburtstagprinzip». Die Stichprobe betrug 1008, wobei mit Stimmberechtigten, die sich nicht an der Volksabstimmung beteiligt hatten, nur ein Teil des Interviews durchgeführt wurde. Die Ausschöpfungsquote (Anteil der durchgeführten und verwendbaren Interviews am Total der ursprünglich in Betracht gezogenen Adressen) belief sich damit auf 29.2%. Dies entspricht einem im Vergleich zu früheren Vox-Analysen durchschnittlichen Wert.³

Die Bestimmung des Signifikanzniveaus stützt sich auf den Unabhängigkeitstest mittels Chi-Quadrat. Dabei bedeutet * eine Signifikanz von unter 0.05, ** eine solche von unter 0.01 und *** eine solche von unter 0.001. Im ersteren Fall heisst dies, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen zufällig entstanden ist, unter fünf Prozent liegt, im letzten Fall wäre diese Wahrscheinlichkeit bei weniger als einem Promille. Alle Beziehungen zwischen zwei Variablen mit einem Signifikanzwert von über 0.05 sind gemäss statistischen Konventionen für die Sozialwissenschaft als nicht signifikant anzusehen. Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient von Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von 0 von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von 1 von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden. Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da zu ihrer Berechnung auch die Anzahl der Merkmalskategorien beider Variablen und die Fallzahl verwendet wird.

Die gesellschaftliche Repräsentativität ist weitgehend gewährleistet. Die Abweichung bei diversen sozialen und geografischen Merkmalen wie Altersklassen, Geschlecht, Sprachregion und Siedlungsform konnten durch die Kontrollvorgaben im Rahmen des statistisch zulässigen gehalten werden. Wie immer sind die AbstimmungsteilnehmerInnen in der Stichprobe übervertreten. Die Abweichung von der realen Abstimmungsbeteiligung ist mit 18 Prozentpunkten etwa im Durchschnitt früherer VOX-Analysen. In der Umfrage weicht

³Vgl. dazu und zu weiteren technischen Angaben auch Longchamp, Claude e.a., Technischer Bericht zur VOX-Analyse vom 29. November 2009, Bern 2009.

der Anteil der Befragten, welche angaben, den Vorlagen zugestimmt zu haben, um rund 9 Prozentpunkte von den realen Abstimmungsergebnissen ab. Bei der Minarettverbotsinitiative lag der Ja-Stimmenanteil der Befragung um 9 Prozentpunkte zu tief; bei den beiden anderen Vorlagen um rund 9 Prozentpunkte zu hoch. Wir haben wie seit der VOX-Analyse Nr. 70 üblich, für die Durchführung bestimmter Berechnungen Gewichtungsfaktoren für die Beteiligung resp. das Abstimmungsverhalten verwendet.⁴

Die Grösse der Stichprobe (1008 Personen) ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50%:50% einen Stichprobenfehler von +/-3.2 Prozentpunkten. Bei einer geringeren Stichprobengrösse erhöht er sich, z.B. bei den 722 effektiven AbstimmungsteilnehmerInnen auf +/-3.7 Prozentpunkte. Liegen die Prozentwerte weiter auseinander, so reduziert sich der Stichprobenfehler (z.B. bei einem Ergebnis von rund 70%:30% auf +/-3.4 und bei 80%:20% auf +/-3.0).

⁴Vgl. dazu Longchamp e.a., a.a.O., S. 22–23.

P.P.

3001 Bern